

Laibacher Zeitung.

Nr. 230.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 7. October

Inserionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insetionsstempel jedesmal 30 h.

1868.

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. October d. J. an dem Agramer Metropolitan-capitel die graduelle Vorrückung des Magister canonicus senior Paul Gugler zum Archidiaconus d. Vaska allergnädigst zu bewilligen und die hienach an dem gedachten Metropolitan-capitel in Erledigung kommende letzte Domherrnstelle dem Regens des Agramer adeligen Convictes, Vizeerzpriester und Pfarrer in Zvanec Stephan Bukovic huldreichst zu verleihen geruht.

Der Justizminister hat die Gerichtsadjuncten Joseph Pang in Eger, Weleslaw Gottfried in Prag und Karl Watzka in Pilsen zu Staatsanwalts-Substituten, und zwar den Ersten und den Letzten für Eger und den Zweiten für Pilsen ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 6. October.

Das Wahlsystem ist in der verfloffenen Session aller Landtage Gegenstand wichtiger, theilweise von einander sehr divergirender Beschlüsse gewesen. Auch in unserm Landtage hat es Principienkämpfe gegeben und es ist ein von der Rechten eingebrachter Antrag auf Verathung der Frage wegen Einführung directer Reichsrathswahlen ohne Debatte einfach abgelehnt worden. Demungeachtet dürfte hiemit noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Eine Aenderung des bestehenden Wahlsystems findet in der Wiener Presse noch immer Vertheidiger und ein unabhängiges und mit viel Geschick redigirtes Blatt: „Warr. Wochenchrift“ sagt hierüber in dem neuesten Leader:

Als Graf Agenor Goluchowski die Grundlagen zu einer Verfassung legte, welche noch immer erhalten sind, waren seine Gesichtspunkte vorwiegend galizische, eventuell polnische. Ihm galt es als Hauptaufgabe, die Suprematie seiner Partei in seinem Heimatlande zu sichern. Er wollte den galizischen Landtag politisch mächtig machen, und da er das nicht zu thun vermochte, ohne den anderen Landtagen eine gleiche Gewalt zu geben, so gab er sie auch diesen. Eine compacte aristokratisch-nationale Parteiorganisation war in Galizien nur dadurch möglich, daß man keine einzelnen politischen Wahlbezirke und Wählerschaften für einen Reichstag zuließ. Bei den letzteren wäre in vielen Orten das rutenische, in manchen Orten das bürgerliche, das demokratische, das jeder Revolution abholde und der Einigung mit Oesterreich feindliche Element durchgedrungen. Aber die Wahlordnung, die Wählerkasten im Landtage begünstigten die Bildung einer geschlossenen Partei, und diese Partei diejenige Goluchowski's, welche die gegnerische Majorität im Landtage niederdrücken und rechtlos machen konnte. Das Goluchowski'sche System beruhte wesentlich darauf, Minoritäten zu verhindern, je Majoritäten zu werden und sie aller Macht zu entkleiden, auch der ihnen von rechtswegen gebührenden. Das System, die Landtage Abgeordnete zum Reichsrathe wählen zu lassen, entkleidet das Repräsentativsystem aller seiner besten Eigenschaften. Bei dem sonst üblichen System hat die Mehrheit die Herrschaft, aber auch die Minderheit ihr Recht. Sie kann sich Gehört machen und sie kann nach Umständen durch geschickte Führung in vielen Fragen, wenn auch nicht in allen, das entscheidende Votum gewinnen. Dank dem Grafen Goluchowski, der specifisch polnische Parteizwecke verfolgte, welche in keiner anderen Weise erreicht werden konnten, ist unser politischer Wahlmodus der schlechteste der Welt. Er verschuldet wesentlich die Pflege jener überwuchernden nationalen Gelüste, welche unsere schwerste politische Sorge bilden. Man werfe dem fallenen Goluchowski sein anti-österreichisches Wahlsystem nach, indem man zuerst in Galizien directe Wahlen anordnet, indem man ihre Einführung dann in allen anderen Ländern begünstigt. Nimmt man den Landtagen ihre zeretzende Kraft, so wird man erst dem Reichstage die verschmelzende Gewalt geben.

Dasselbe Blatt sagt über den Widerstand des österreichischen Clerus gegen die constitutionelle Gestaltung der Dinge: Die wohlgesinntesten Männer rufen dem Clerus zu: „Wir wollen keinen Kampf; behaltet, was ihr noch besitzt, mehr, als euer Eigenthum in den meisten anderen Ländern ist; gebt Frieden und wir wollen Frieden halten.“ Wenn aber diese Mahnung überhört

wird, wenn keine andere Wahl übrig bleibt, als blinde Unterwerfung oder Kampf, dann, das rufen wir warnend aus, wird dieser Kampf ausgefochten werden, das Concordat wird verschwinden und die Bischöfe werden ihre Gewalt und ihre Einkünfte in einer Weise reducirt sehen, zu welcher ein Seitenstück in dem katholischen Frankreich zu finden ist.

Sollte nicht die spanische Revolution die Augen aller derjenigen öffnen, die nicht blind sein wollen? Spanien wie Italien können sich so gut wie Tirol ein Land der Glaubenseinheit nennen. Die nichtkatholischen Elemente der Bevölkerung verschwinden unter den Massen und können ihren Einfluß nicht bemerkbar machen. Und in diesen Ländern unterliegt die Partei, welche man die „ultramontane“ nennt, und fällt marklos ohne Kampf zu Boden. Und wer sich selbst in Spanien nicht behaupten kann, der sollte in Oesterreich Kraft zum Widerstande haben? Ist denn niemand im Lande, niemand, der das Vertrauen der Betroffenen genießt, der ihnen zurufen könnte, daß die streitende Kirche in unserem Zeitalter überall Niederlagen erleidet, daß es einmal Zeit für sie sei, sich in eine friedensstiftende zu verwandeln, die nicht darauf ausgeht, Rechte auf Kosten des Staates zu erringen, welche selbst in dem Zeitalter des tridentinischen Concils ihr nicht überall im Frieden gewährt wurden?

Krainischer Landtag.

22. Sitzung.

Laibach, 3. October.

Der Landeshauptmann v. Wurzbach eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Anwesend als Regierungsvertreter der k. k. Landespräsident Conrad v. Ghybsfeld und der k. k. Regierungsrath Roth.

Der Landeshauptmann theilt ein ihm durch das hohe Landespräsidium zugekommenes Schreiben des Ministers des Innern mit, wornach zu Folge a. h. Entschliessung der krainische Landtag mit dem heutigen Tage zu schließen ist.

Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls referirt Abg. Langer über Straßenbauangelegenheiten, welche nach den Anträgen des Ausschusses erledigt werden; Abg. Svetec über ein Gesuch dreier Gemeinden um Einführung der Eheconsense, welches nach dem Antrage des Ausschusses mit Rücksicht auf die bevorstehende gesetzliche Regelung des Gegenstandes abschlägig beschieden wird.

Dr. Toman referirt namens des volkwirtschaftlichen Ausschusses über den Bau der Eisenbahn Laibach-Carlstadt. Es sind die Tracirungskosten für diese Linie bereits gedeckt und Dr. Toman legt dem Hause auch ein vollkommen ausgearbeitetes Generalproject vor. Dr. Toman begründet sofort die Wichtigkeit dieser Bahn für Unterkrain und als Verbindungslinie der Bahn Laibach-Villach mit dem südslavischen Lande und dem Oriente, sowie dem Stapelplatz Alexandria.

Der Ausschuss stellt folgende Anträge: 1. Der Landtag erkennt die Nothwendigkeit der Bahn Laibach-Carlstadt an; 2. er beschließt eine Petition an das hohe Handelsministerium um Einbringung einer Vorlage im Reichsrathe zur Erwirkung der Staatsgarantie; 3. in gleichen eine Petition an den Reichsrath um Annahme dieser Vorlage; 4. seien die in diesem Belange eingelaufenen Petitionen von Gemeinden zc. entsprechend zu erledigen.

Der Landtag nahm diese Anträge an, nachdem Dr. Toman in Erwiderung auf eine Bemerkung Dr. Savinscheg's darauf hingewiesen, daß die neue Bahn jedenfalls in der Nähe von Wödling und Tschernembl werde tracirt werden müssen, die nähere Bestimmung des Punktes aber der Entscheidung des hohen Handelsministeriums vorbehalten bleiben müsse.

Abg. Svetec referirt über die Zuschrift des k. k. Landespräsidiums in Betreff der Beschließung des Hutweidevertheilungsgesetzes in deutschem Texte. Der Ausschuss erachtet das Ansinnen der hohen Regierung durch die bezogenen Gesetzesbestimmungen nicht hinlänglich begründet und auf Landesgesetze jedenfalls nicht anwendbar; insbesondere beziehe sich § 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger nicht auf den Text, sondern lediglich auf Kundmachungen der Gesetze. Der Ausschuss beantragt jedoch, mit Verwahrung vor principiellen Folgerungen auf das Ansinnen der Regierung wegen deutscher Textirung des

vorliegenden Gesetzes durch Anerkennung der vorgelegten deutschen Uebersetzung einzugehen und dieselbe auch auf das Gesetz betreffend Verwirklichung der Gleichberechtigung in Schule und Amt auszudehnen, übrigens aber den Landesauschuss zu beauftragen, dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf zur Regelung der Textirungsfrage vorzulegen.

Nachdem der Berichtstatter seinen Vortrag geschlossen, ergreift der Herr k. k. Landespräsident das Wort: Ich bin in der Lage, in dieser Angelegenheit zur Orientirung des hohen Landtages folgende Erklärung abzugeben: Es wurde hier im Landtage das Verlangen gestellt, daß die Gesetze über Hutweiden-Vertheilung und über Gleichberechtigung der Sprache auch in deutscher Sprache beschloffen werden. Nicht Uebersetzungen, sondern nur Landtagsbeschlüsse können zur a. h. Sanction gelangen. Ich muß daher auf Grundlage des § 19 des Staatsgrundgesetzes an den Landtag das Verlangen stellen, die beiden Gesetzentwürfe nicht als Uebersetzungen, sondern als Landtagsbeschlüsse in beiden landesüblichen Sprachen vorzulegen.

Abg. Dr. Costa: Der Verfassungsausschuss ist bei seinem Antrage von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Sanction der beschlossenen Gesetze nicht verhindert werden dürfe. Ich glaube jedoch, daß das Ansinnen der hohen Regierung überhaupt nicht gerechtfertigt ist. Das Gesetz vom 27. December 1852 § 2 sagt, daß in Zukunft alle Gesetze im Reichsgesetzblatte veröffentlicht werden und der deutsche Text der allein authentische für dieselben sein soll. Zugleich werden Landesgesetzblätter eingeführt für Verordnungen der Landesbehörden. Alle Gesetze mußten damals im Reichsgesetzblatte kundgemacht werden.

Wäre dieses Gesetz heute noch gültig, so wäre das Ansinnen der Regierung gerechtfertigt, allein dieses Gesetz wurde geändert durch das Patent vom 1. Jänner 1860, wornach die Landesgesetzblätter aufhörten und alle Gesetze im Reichsgesetzblatte in deutscher Sprache kundgemacht werden mußten. Nach § 4 des Gesetzes sind die zur Verlautbarung bestimmten Verordnungen der Landesbehörden auf Verlangen der politischen Behörde in der Landessprache in Druck zu legen. Die kaiserliche Verordnung vom 17. Februar 1863 bestimmt rückfichtlich der Kundmachung der Landesgesetze und der verbindlichen Kraft derselben. Das Gesetz vom 1. Jänner 1860 gilt nur für Reichsgesetze, das gegenwärtige Landesgesetzblatt für Krain erscheint in deutscher und slovenischer Sprache. Die Landesgesetze betreffend, gibt es kein Gesetz, welches sagt, welcher Text authentisch ist. Der Landtag hat in früheren Sessionen deutsche Gesetze beschloffen, ohne daß von irgend einer Seite die Beschlußfassung in slovenischer Sprache verlangt wurde. Wie kommt es, daß in Triest, Görz, Istrien die Gesetze blos italienisch beschloffen werden und in Galizien polnisch? Wir haben für unser Land kein Gesetz, ob der deutsche oder slovenische Text der gesetzliche ist, die Regierung müßte consequent auch verlangen, daß alle deutschen Gesetze slovenisch beschloffen werden. Er habe nicht dem Antrage des Ausschusses beigestimmt; wenn wir demselben zustimmen, so thun wir mehr, als wozu wir verpflichtet sind. Die Regierung könnte die slovenischen Gesetze ebenso gut in das Deutsche übertragen lassen, wie dies bezüglich anderer Verordnungen umgekehrt geschieht. Es sollte dem Landtage in dieser Beziehung die Freiheit gewahrt werden, ein Gesetz deutsch oder slovenisch zu beschließen.

Landespräsident: Zur factischen Berichtigung bemerke ich, daß weder aus meiner heutigen Erklärung, noch aus der schriftlich abgegebenen Aeußerung der Regierung zu entnehmen ist, daß die deutsche Sprache die einzig authentische Sprache für krainische Landesgesetze sei, nachdem wir eben noch kein Gesetz hierüber besitzen, wie in andern Ländern. Es wird nur verlangt, in beiden Sprachen das Gesetz vorzulegen.

Kaltenegger erklärt sich aus Opportunitäts-Gründen für den Antrag des Ausschusses.

Dr. Bleiweis schließt sich ebenfalls dem Ausschussantrage an.

Kromer spricht für deutsche Textirung im Original.

Berichtstatter Svetec vertheidigt den Ausschussantrag und beruft sich darauf, daß auch Baron Apfalter und Genossen nicht deutschen Originaltext, sondern nur eine Uebersetzung verlangt haben.

Schließlich wird die vorgelegte Uebersetzung als Originaltext genehmigt, nachdem an beiden Gesetzen einige stilistische Aenderungen vorgenommen worden.

Es wird nunmehr zu der auf der Tagesordnung stehenden Wahl eines Mitgliedes des Landesauschusses durch die Curie der Großgrundbesitzer geschritten, und mit 5 von 9 Stimmen gewählt der Abg. Deschmann, welcher die Wahl auch annimmt.

Abg. Baron Pfaltrern referirt Namens des Finanzausschusses über das vom Finanzministerium abverlangte Gutachten betreffs Reform der Grund- und Gebäudebesteuerung; der Ausschuss beantragt, das k. k. Finanzministerium werde ersucht, diese Gesegentwürfe in der nächsten Session vor das Haus zu bringen und an den Reichsrath eine Petition zu richten, damit die demselben zukommenden diesfälligen Gesegentwürfe vor der Beschlußfassung den Vertretungen der Königreiche und Länder mitgetheilt werden. Nachdem noch der Bericht des Finanzausschusses über die Rechnungsabschlüsse des Grundentlastungsfondes pro 1866 und 1867 durch den Berichterstatter Dr. Costa vorgetragen und genehmigt worden, wird die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

Abend Sitzung.

Beginn um 5 1/2 Uhr. Vorsitzender Landeshauptmann v. Wurzbach.

Abg. Baron Pfaltrern verliest den Bericht des Landtagscomités über die Vergleichspropositionen des hohen Finanzministeriums. Dieselben lauten:

1. Das Herzogthum Krain entsagt allen Ansprüchen auf den mit 1. November 1826 inkamerirten ehemaligen kranerischen Provinzialfond und auf alle jene Einnahmsquellen, welche demselben früher zugeflossen sind, mit Ausnahme der dem Lande mit der a. h. Entschließung vom 3. August 1829 zurückgegebenen Activcapitalien und Realitäten.

2. Das Herzogthum Krain entsagt ferner jedem Anspruch auf den Fortbezug einer Dotation aus Staatsmitteln, wie dieselbe dem Lande mit der a. h. Entscheidung vom 6. Juni 1862 zugesichert und nach Maßgabe des unbedeckten Erfordernisses des Domesticalfondes in verschiedenen jährlichen Beträgen bisher ausgezahlt worden ist.

3. Die k. k. österreichische Staatsverwaltung verpflichtet sich dagegen, dem Herzogthume Krain einen Betrag von 700,000 fl. d. i. Siebenhunderttausend Gulden ö. W. in neuen 5% Schuldtiteln der einheitlichen Staatsschuld auszahlend.

4. Die Auszahlung erfolgt nach Maßgabe als die in Folge der Amortisirung der allgemeinen Staatsschuld nach dem Gesetze vom 20. Juli 1868, R.-G.-B. Nr. 74, auszugebenden Obligationen der einheitlichen Staatsschuld zur Emission gelangen.

5. Die k. k. Staatsverwaltung verzichtet auf alle aus den französischen Kriegen sich herschreibenden Forderungen insbesondere auf jene für Landwehrausrüstungen, für Requisitionen und auf die Forderung aus der Dotirung der Bezirkscaffen, so wie auf Zurückzahlung jener Dotationsbeträge, welche dem Lande bloß vorschußweise flüssig gemacht worden sind.

6. Dagegen entsagt das Land Krain allen Ansprüchen auf das Vermögen des Requisitionsfondes, welches dem Staate anheimzufallen hat.

Es wird die Annahme dieser Propositionen mit der näheren Bestimmung der Zinsentatirung ad Art. 3 und vorbehaltlich einer besonderen Verhandlung hinsichtlich der Requisitionsforderungen ad Art. 6 genehmigt und der Landesauschuss zur weiteren Verfügung angewiesen. Zugleich wird der Antrag in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Nachdem noch die weiteren Gegenstände der Tagesordnung, betreffend theils Straßenbau, theils andere innere Angelegenheiten nach den Anträgen der Ausschüsse erledigt worden, ergreift der Herr Landeshauptmann v. Wurzbach das Wort, um in kurzen Worten die glücklich zu Ende geführte Thätigkeit des Landtages betonend, dem Herrn k. k. Landespräsidenten den Dank für die eifrige Theilnahme an den Arbeiten des Landtages und deren geneigte Förderung derselben darzubringen und fordert schließlich den Landtag auf, mit ihm einzustimmen, in das Symbol der Einigkeit, in den begeisterten Ruf: Es lebe Se. Majestät der Kaiser Franz Joseph I.

Die Versammlung bricht in ein dreimaliges lebhaftes Clava- und Hochrufen aus.

Der Landespräsident Conrad v. Cybelsfeld nimmt das Wort, um dem Landtag die Versicherung zu geben, daß er den Arbeiten des Landtages mit aufrichtigster Theilnahme gefolgt sei, durch welche theils einige die Wohlfahrt des Landes betreffende Beschlüsse zu Stande gekommen, theils neue Bausteine zu unserm staatsrechtlichen Ausbau geliefert worden seien, theils in Principienfragen sich die Ideen und Gesichtspunkte geklärt und hoffentlich auch erweitert haben. Wenn manchmal diese letzteren Debatten sich zu gesteigerter Vehementigkeit und Wärme erhoben haben, so wolle er doch annehmen, daß niemand hievon sich persönlich empfindlich berührt finden, sondern vielmehr in der Erinnerung an diese Debatten Anlaß finden werde, nach den Mitteln der Vereinigung und Vermittlung in jenen Fragen zu suchen. Er selbst werde sich sehr glücklich schätzen, so oft er in die Lage kommen wird, dazu beizutragen, daß die Bemühungen des Landtages erfolgreich werden, daß der ausgestreute Same gedeihe und Früchte bringe zum Wohl des theuren Heimatlandes.

Dr. Bleiweis ergreift das Wort im Namen der Majorität des Landtages. Kurze Zeit habe derselbe getagt und doch viele wichtige Geschäfte theils vollständig erledigt, theils die Erledigung angebahnt. Wir kehren heim mit dem Bewußtsein, unsere Pflicht erfüllt zu haben, als Vertreter des slovenischen Volkes, welches die Freiheit will auf der Grundlage der Nationalität und des heiligen Glaubens der Väter. Freudig constatiere er, daß der Landtag einstimmig war, als es sich darum handelte, die schwere Steuerlast zu erleichtern. Wir haben verhandelt in slovenischer Sprache, nicht um dadurch jemand in Verlegenheit zu bringen, sondern um Besitz zu nehmen vom Rechte des Volkes, der Welt zu zeigen, das Slovenische sei geeignet als Parlamentssprache, geeignet für Schule und Amt; die von uns beschlossenen Gesetze bedürfen der a. h. Sanction. Zudem wir dem Herrn k. k. Landespräsidenten für die eifrige Theilnahme an unseren Arbeiten danken, richten wir an ihn die Bitte, das zu befürworten, was wir beschlossen. Er möge dem Ministerium sagen, die Majorität habe diese Beschlüsse gefaßt, die nach der Auflösung des Landtages wieder gewählte Majorität. Das Ministerium wird Gelegenheit haben, zu beweisen, daß es die Landes-Autonomie achtet, das Fundament Oesterreichs, des zufriedenen und bei der Zufriedenheit aller Völker mächtigen Oesterreichs. Er spricht sodann dem Vorsitzenden den Dank aus, daß er das Schiff nach einigen Stürmen glücklich in den Hafen geleitet und richtet am Schluß mit Bezug auf den Moment als am Vorabende des a. h. Namensfestes an den Landtag die Aufforderung, seiner Loyalität und den heißen Wünschen für das Wohl unseres erhabenen Monarchen Ausdruck zu geben durch den Ruf „Hoch unserem gnädigsten Kaiser!“ in welchen alle Anwesenden lebhaft einstimmen.

Oesterreichs innere Lage.

Wien, 2. October. Der complicirte politische Apparat, welchen uns der Dualismus gebracht, mit seinen drei großen Vertretungskörpern und den dazu gehörigen drei Ministerien, erschwert nicht nur das Regieren überhaupt, sondern er gibt auch allzu leicht Anlaß zu Disharmonien zwischen den Mitgliedern dieser Ministerien, weil es in vielen Fällen für die einzelnen Minister unmöglich ist, ihren Ressort wirksam auszufüllen, ohne dabei zweifeln die Gebiete der Collegen zu berühren. Da es bei uns nicht möglich war, wie bei dem norddeutschen Bund und Preußen, die Vertretung zweier verschiedenen Verwaltungsgebiete durch Personalunion in je eine Hand zu legen und dadurch zur ursprünglichen Einheit zurückzuführen, so entspringen aus unserm verwickelten System von deutschen, ungarischen und Reichsministerien zwischen den hohen Functionären Meinungsverschiedenheiten, die bei der Bevölkerung um so mehr mit Besorgniß bemerkt werden, als wir, ungeachtet unserer enorm kostspieligen Theresianums, durchaus keinen Ueberfluß an Staatsmännern haben, und das Vertrauen auf die Festigkeit unserer Zustände sich in Folge ungünstiger vorausgegangener Erfahrungen nur langsam wieder einstellt. Der jüngste Zwischenfall dieser Art, welcher sich an die polnischen Verhältnisse knüpft und insbesondere die projectirte Reise des Monarchen nach Galizien betraf, ist bekannt. Man ist im allgemeinen geneigt das Project dieser Reise auf Einflüsse der Magyaren zurückzuführen, die, wie sie unlängst mit Ansprüchen auf Dalmatien hervortraten, nun auch in Polen für künftige Fälle festen Fuß zu fassen trachten. Wenn diese ungarischen Tendenzen den verfassungsmäßigen Weg einhielten, und solange sie nicht die in der auswärtigen Politik als Richtschnur angenommene Friedenspolitik des Reiches bedrohten, hätte sich vielleicht mit ihnen reden lassen. In der Form aber, wie sie wirklich austraten, mußten sie den Widerspruch des Ministeriums der im Reichsrath vertretenen Länder, zu welchen bis heute noch Galizien gehört, herausfordern. So unterblieb die Reise des constitutionellen Monarchen; Graf Soluchowski, der Statthalter von Galizien, nahm oder erhielt seine Entlassung. Aber auch Fürst Carlos Auersperg, der Präsident des cisleithanischen Ministeriums, schon seit Juni verstimmt und an Ueberspannung der Nerven leidend, trat von seinem Posten zurück, jedoch nicht ohne bei dem Abschied seinen Collegen und den von ihnen vertretenen Grundbesitzern das ernstliche Versprechen der Theilnahme und fernern Unterstützung zurückzulassen.

Zu diesen aus Anlaß der galizischen Verhältnisse entstandenen Mißverständnissen kam noch der Kellersperg'sche Vorgang. Es läßt sich wohl behaupten, daß das Ansuchen des Justizministers durch den gänzlich unmotivirten Angriff des böhmischen Statthalters in allen Kreisen der deutschen und liberalen Bevölkerung nur gesteigert ist.

Die nächste Folge dieser Zwischenfälle, die selbst der Reichskanzler Freiherr v. Beust mit seinem eminenten Talent nicht zu verhindern vermochte, ist die, daß ein Nachfolger des Fürsten Auersperg gefunden werden muß, da Graf Taaffe, welcher interimistisch im Ministerium den Vorsitz führt, gleich seinen sämtlichen Collegen auf das bestimmteste erklärt hat, den Posten des Fürsten nicht übernehmen zu wollen. Man wies in dieser Beziehung auf den Graf Hartig, einen Abgeordneten

von Entschiedenheit und vieler Bildung, hin; das Ministerium selbst würde es aber wohl am liebsten sehen, wenn Erzherzog Rainer, der seit seinem Rücktritt als Vorsitzender des Schmerling'schen Ministeriums in tiefster Zurückgezogenheit lebt, sich wieder zu einer Betheiligung am Staatsleben bewegen ließe. Was den Justizminister Herbst betrifft, so ist uns nicht bekannt geworden, daß derselbe zurückzutreten beabsichtigt, wenn es in diesem Mann von strengem Charakter und hoher Einfachheit der Sitten sehr leicht sein würde, auf seine jetzige Stellung zu verzichten und als Führer des Abgeordnetenhauses das Ministerium in manchen Fragen zu einer entschließeneren Haltung zu drängen.

Den tiefern Grund aber zu allen diesen Zwischenfällen erblicken wir in dem Umstande, daß das Programm, unter welchem der Ausgleich mit Ungarn vollzogen wurde, und womit das liberale Ministerium aus Ruder kam, bis jetzt nur theilweise in die Wirklichkeit hinübergeführt worden ist. Der Sinn des Ausgleichs mit Ungarn war der, daß die beiden Völker, welche das Mark und Salz des Reichs bilden, die Deutschen und Magyaren nämlich, die Führerrolle übernehmen und bei aller Nachsicht gegen die kleineren Nationalitäten, für eine in einheitlichem Geiste geführte Verwaltung und Regierung des Doppelreiches sorgen. In Ungarn ist das Verhältniß zu den andern Nationalitäten so ziemlich geordnet, und es hat sich dabei gezeigt, wie unschwer sich mit Croaten und Slovaken und Rumänen pactiren läßt, wenn diese nicht von außen zu einer feindlichen Haltung aufgemuntert werden. Die ungarische Regierung ist einheitlich und entschlossen und wenn sie je gestürzt werden sollte, so wird dies nur durch den Landtag und zu Gunsten der Oppositionspartei der Linken geschehen, die in den inneren Cardinalfragen, zumal was Nationalitätsfragen betrifft, mit dem jetzigen Ministerium übereinstimmt. Im Vergleiche damit erscheint die Organisation der westlichen Reichshälfte noch unferdig, und nur in dem Gesetze für directe Wahlen in den Reichsrath ist der Anfang eines ernstlichen systematischen Vorgehens bemerkbar. Große Gruppen von Landtagsabgeordneten stehen außerhalb der Verfassung; wir aber, wir sind nachsichtsvoll gegen die Feinde der Verfassung, weil diese zufällig einer anderen Nationalität angehören. Dieser Widerstand, der nur durch unsere maßlose Langmuth seine jetzige Bedeutung gewinnen konnte, schiebt die Consolidation unsrer Zustände hinaus, und dient den feudalen und clericalen Bestrebungen als willkommene Anlehnung. Wenn wir ferner ruhig zusehen, wie die Phalanx unsrer Gegner sich verdichtet, so braucht nur noch ein äußeres Ereigniß hinzutreten, um den Staat mit neuen Gefahren zu bedrohen.

In der That hat jede Situation ihre Logik, und jedes Princip fordert durch alle seine Verzweigungen hin die nothwendige Erfüllung. Es ist dies ein politisches Gesetz, das mit dem Gesetze der gleichen Lagerung der Atome in der physischen Welt viel verwandtes hat. Man kann nicht in Ungarn magyarisch sein, und in der westlichen Hälfte Verhältnisse bestehen lassen, die in ihrem chaotischen Zustand noch an die Zeit Belcredi's erinnern. Wenn die Czechenführer sich außerhalb der Verfassung stellen, so gilt die Verfassung für sie nicht.

Was wir bedürfen, ist nicht nur Freiheit, sondern auch strenge Befolgung der Gesetze. Wenn man endlich dahin gelangt ist, daß die Regierung nicht mehr wegen der Gefahren des Mißbrauches von einigen Seiten die Freiheit verbietet, so scheue man sich nicht gegen solche, welche die verfassungsmäßige Freiheit nicht achten, die Strenge der Gesetze walten zu lassen. Vor allem aber drängt sich uns immer mehr die Ansicht auf, daß für die Mehrzahl der Uebelstände, an denen Oesterreich leidet, ein großes Maß von Selbstverwaltung und Decentralisation nöthig ist.

Die Lösung für die Mehrzahl der nationalen und clericalen Zwiste liegt in der Trennung der Streitenden, indem man die materielle Unterhaltung der Anstalten, welche gewöhnlich das Streitobject bilden, den Parteien überläßt. Wollen die Czechen eine czechische Technik, so mögen sie dieselbe von ihrem Gelde gründen. Die Deutschen werden es gerade so machen. Wollen die Clericalen ultramontane Schulen, so mögen sie immerhin dieselben errichten. Die Auseinandersetzung der bestehenden Fonds mag schwierig sein, aber sie muß unseres Erachtens eintreten, wenn wir endlich ohne Belagerungsstand zur Ruhe kommen wollen. „Gemeinschaft ist die Mutter der Streitigkeiten,“ sagt ein altes Juristenwort, das auch für die moderne Politik gilt. Nur im amerikanischen Princip der Selbstverwaltung der confessionell und national Gleichgesinnten erblicken wir eine friedliche Lösung für unsere zahllosen Uebelstände, mit denen Oesterreich noch zu kämpfen hat. Zugleich wird die Regierung dadurch von einer großen Verantwortlichkeit, das Budget von einer schweren Last befreit, und natürlich müßten die Steuern um so viel erleichtert werden, als die Körperschaften und Gemeinden künftig mehr zu leisten hätten. (N. N. Ztg.)

Die Excesse in Prag.

Prag, 4. October. Heute Nachmittags wurde das Landhaus des Eigentümers des „Tagesboten“ Klub in Mähle vor dem Roththore von einer Volksmenge angegriffen, alle Fenster wurden zertrümmert, der Hausmeister wurde

durch einen Steinwurf getroffen und drohte der Volks- haufen durch Zurufe mit vollständiger Demolirung des Hauses. Hufaren vertrieben die Menge und besetzten das Haus. Um 7 Uhr Abends wurden von einer Pö- belmenge die Fenster des deutschen Theaters durch Stein- würfe zerschlagen.

Prag, 4. October. Die gemeldeten Unruhen fanden anlässlich des verbotenen Meetings bei Pankratz statt. Um 2 Uhr Nachmittags versammelten sich gegen 2000 Menschen bei Pankratz an der Libussaquelle. Viele angebliche geheime Polizisten wurden geprügelt; ein Israelit wurde weggetragen, um ihn in einen Brun- nen zu werfen, doch entkam der Bedrohte. Hufaren zersprengten die Menge, die sich aber immer wieder sammelte und fast alle Arretirungen vereitelte. Die Hufaren machten von den blanken Waffen keinen Ge- brauch. Erst Abends wurde die Gegend durch verstärkte Truppen gesäubert. Am deutschen Casino wurden durch einen zurückkehrenden Trupp von etwa 200 Buben um 7 Uhr Abends über 40 Fenster mit pfundschweren Steinen zerschlagen. Hierbei wurde ein Casinomitglied getroffen und der Gasluster beschädigt. Kein einziger Wachmann war in der ganzen Gasse zu sehen; erst als die Menge sich verlaufen, erschien Communal-Polizei, Vor dem Excesse beim Casino wurden den Jesuiten die Fenster eingeschlagen.

Prag, 5. October. An dem gestrigen Meeting bei Pankratz nahmen etwa 6000 bis 7000 Menschen Theil. Das Militär wurde verhöhnt und insultirt. Ein Unterofficier, der von einem schweren Steine getroffen und verletzt wurde, feuerte, wodurch der Thäter verwun- det wurde. Ebenso mußten die Hufaren, vom Pöbel insultirt, theilweise die Waffen gebrauchen. Es kamen mehrere Verwundungen vor. Nur wenige Tumultuanten konnten verhaftet werden, da der Pöbel die Verhaftun- gen verhinderte.

Oesterreich.

Wien, 2. October. (Die ungarische Syn- ode.) Nach einer gestern Früh abgehaltenen Conferenz mehrerer Mitglieder der Magnatentafel bei Erzbischof Hajnald wurde die Sitzung der katholischen Mitglieder des ungarischen Reichstages um 5 Uhr Nachmittags im Seminargebäude in Pest unter Vorsitz des Fürstprimas abgehalten. In derselben stellte Deak den bekannten An- trag: das Episcopat aufzufordern, eine neue, auf der Basis der Volksvertretung fußende Wahlnorm auszuarbeiten, nach welcher ein Comité gleichsam als Constituante gewählt werden soll, welche dann die Wahl- norm für die wirkliche Synode mit der Bedingung, daß die weltlichen Mitglieder die Mehrheit bil- den, und zugleich die Gegenstände festsetzen möge, über welche die Synode zu berathen habe, zu welchen natür- licherweise die Dogmen der Kirche, die Erziehung der Priester in den Seminarien nicht gehören können. Die- sen Antrag unterstützte Moriz Perczel, jedoch mit der Bemerkung, daß der Zusatz in Betreff der Gegenstände, welche die Synode zu berathen habe, zu welchen natür- licherweise die Dogmen der Kirche, die Erziehung der Priester in den Seminarien nicht gehören können. Die- sen Antrag unterstützte Moriz Perczel, jedoch mit der Bemerkung, daß der Zusatz in Betreff der Gegenstände, welche die Synode zu berathen habe, zu welchen natür- licherweise die Dogmen der Kirche, die Erziehung der Priester in den Seminarien nicht gehören können. Die- sen Antrag unterstützte Moriz Perczel, jedoch mit der Bemerkung, daß der Zusatz in Betreff der Gegenstände, welche die Synode zu berathen habe, zu welchen natür- licherweise die Dogmen der Kirche, die Erziehung der Priester in den Seminarien nicht gehören können.

Rusland.

Aus Spanien. (Die Pariser Officiösen über die Situation. — Die letzten Stun- den Isabella's in Spanien. — Aus Madrid. — Preussisches Geld. — Neue Broschüre.) Die officiösen Blätter stellen die Situation der spani- schen Hauptstadt in sehr düsteren Farben dar. Nach der „Patrie“ wäre der Marschall Serrano deshalb nicht nach Madrid gekommen, weil die freiwilligen Bürger- gardien dieser Stadt erklärt hätten, ihn nur, wenn er allein erschiene, nicht aber an der Spitze seiner Truppen empfangen zu wollen. Nach der „France“ führe ein ra- dicaler Demokrat, der in Spanien berühmte Advocat Nicolas Ribero, das Ruder in Madrid. Er wäre es gewesen, welcher im entscheidenden Augenblicke die Gar- nison der Hauptstadt entwarf und die Waffen der Miliz und der Bevölkerung gegeben hätte, eine Maß- regel, gegen welche übrigens auch Miranda im „Gau- lois“ seine Bedenken äußert. Dazu tritt noch die Mel- dung von einem blutigen Conflict zwischen der revolu- tionären Partei und den Truppen in Barcelona, und da befindet sich denn die „Patrie“ wieder ganz in ihrem Element und schreibt: „In diesem Augenblicke ist in Spanien alles zu gewärtigen und alles zu befürchten. Wir sehen allerdings, um die Bewegung zu meistern, einiaue Männer, wie den Marschall Serrano, den Gene- ral Dulce, Herrn Madoz, um welche sich die ehrlichen Leute schaaren könnten und mit denen die spanische Na- tion alle Garantien hätte, um ihrem Willen Gehör und Achtung zu verschaffen. Aber diesen Männern gegenüber, neben und hinter ihnen, sehen wir auch ehrgeizige, leiden- schaftliche Persönlichkeiten, welche nichts zu verlieren haben und, schon oft durch Aufstandsversuche compromittirt, sich vielleicht lange der Wiederherstellung der Autorität

und Ordnung wiedersetzen werden. Für die Aufständi- schen von gestern war der gemeinsame Feind die Königin Isabella; wo wird dieser Feind für die Sieger von heute sein? Wir wollen hoffen, daß die alten Mitglieder der liberalen Union alle ihre Kräfte vereinigen und allen ihren Einfluß aufbieten werden, um den Triumph des monarchischen Princips zu sichern. Aber für die ersten Anstifter der Revolte, für diejenigen, welche noch nicht gewagt haben, mit ihrem Programm hervorzutreten, wird der Feind natürlich der Mann oder die Partei sein, welche Spanien den Händen der Revolution entreißen wird.“ — Ueber die letzten Stunden, welche die Königin Isabella auf spanischem, und über die ersten, welche sie auf französischem Boden verbrachte, finden wir in verschie- denen Correspondenzen der „Gironde“, des „Temps“, der „Patrie“ u. s. w. einige Einzelheiten, die wir im Folgenden zusammenstellen: Am 29. September emfing die Königin die Depeschen, welche ihr die Niederlage des Royaliches meldeten. Als sie diese Schriftstücke durchlas, schien sich ihr Angesicht plötzlich zu verklären, so daß die sie umgebenden Höflinge an einen Sieg glaubten. Sie verließ den Salon, in dem sie sich be- fand, trat in ein Nebengemach und schrieb einen über- schwenglichen Brief an den Herzog von Vittoria (Es- partero): „Du hast die Dynastie gerettet, Du wirst sie auch diesmal retten. Ich verlange nichts mehr für mich, ich bin nichts mehr, ich bin nichts mehr. Aber den Prinzen von Asturien werfe ich in Deine Arme, ihn vertraue ich Dir an. Was Du einst für mich ge- than hast, thue es jetzt für ihn u. s. w.“ Nun handelte es sich aber darum, den Prinzen von Asturien zu bestimmen, daß er sich nach Logrono bringen lasse. Man führte das Kind herbei und suchte ihm seine Rolle ausein- anderzusetzen; aber der Knabe brach in Thränen aus und warf sich mit den Worten: er wolle seine Mutter nicht verlassen in die Arme Isabellens. Die Königin war vernichtet; sie zerriß convulsivisch den Brief, den sie noch in Händen hielt, und knirschte sich jetzt erst zur Flucht. In Handape wurde die königliche Familie von dem General Castelnau und Herrn Mon erwartet. Die Züge der Königin, so berichtet von dort ein Augenzeuge, waren durch Weinen und Schlaflosigkeit verstört, aber entbehrten nicht einer gewissen Würde; sie schien resignirt, aber nicht verlegen. Am Arme ihres Gemahls stieg sie auf den Perron, reichte den Emigranten, welche sie dort erwarteten, die Hand zum Kuß und man hörte deutlich, wie sie dieselben mit dem Worte: Esperamo (Hoffen wir!) tröstete; dann begab sie sich mit ihrem Gefolge nach dem Wartesaal, wo ein Dejeuner vorbe- reitet war. Um 2 Uhr kam der Hofzug auf dem Bahn- hof von la Rigresse an, wo die französische Kaiserfamilie ihn erwartete. Die Unterredung zwischen Ihren Maje- stäten dauerte eine Viertelstunde. Die Königin und ihr Gemahl waren tief erregt und betheuerten dem Kaiser und der Kaiserin mit Thränen in der Stimme, daß sie niemals die Beweise von Zuneigung vergessen würden, welche sie bei ihrem Eintritt in Frankreich empfangen hätten. Beim Abschiede sagte die Königin zu ihrem Sohne Alphons: „Gib doch dem kaiserlichen Prinzen einen Kuß!“ Um 2¹/₄ Uhr wurde die Fahrt nach Ba- yonne fortgesetzt, wo die Minister, welche das letzte Cabinet gebildet hatten, ihre Souveränin erwarteten. Im Gefolge der spanischen königlichen Familie befanden sich die Marquise von Novaliches, erste Ehrendame; der Marquis von Roncali, Staatsminister (Minister des Aeußern); Herr Marjori, Palast-Intendant; P. Claret, Graf Espeleta, Gouverneur des Prinzen von Asturien; Herzog von Montezuma, Marquis von Villamagna und Herr Roza, Kammerherren der Königin; die Gene- rale Belesia und Alos, Adjutanten des Königs; Drisi- lieutenant Campos, Ordonnanzofficier des Königs; Herr Onate, Obersthofmeister der Königin; die Herren Corral und Alonso, Aerzte der Königin; Frau von Valledor und Frau von Gabriel, Ehrendamen der In- fantin und die Obrist-Lieutenants Andriani und Lore- secha, Kammerherren des Infanten Don Sebastian. — Herr Mon ist am 2. in Paris angekommen. Wie man versichert, spricht er die Ueberzeugung aus, daß, wenn die Königin, selbst von St. Sebastian aus, zu Gunsten ihres Sohnes abgedankt hätte, ohne Schwierigkeit eine Regentenschaft eingeführt worden, und daß dann der Marschall Serrano der erste gewesen wäre, diese Combination zu unterstützen. — Die Gräfin von Girenti hat am 2. d. M. das spanische Bot- schaftshotel verlassen und das Hotel ihres Oheims, des Fürsten Aquila, in der Avenue l'Imperatrice bezogen. Freitag ist die erste Nummer der „Gaceta de Ma- drid“, amtlichen Organs der provisorischen Regierungsjunta, in Paris eingetroffen. Sie trägt an ihrer Spitze einen neuen spanischen Stempel, welcher die Gerechtigkeit mit ihren allegorischen Attributen zeigt. Das Blatt veröffentlicht ein Decret der Junta, für welche Pascual Madoz zeichnet; dieses Decret befiehlt, daß sofort die Arbeiten in Angriff genommen werden sollen, um „dem ewig denkwürdigen Patrioten Mendizabal“ auf dem Fortschrittsplage in Madrid ein Denkmal zu errichten. Der „Liberté“ wird folgende Depesche mitgetheilt: Bar- celona, 1. October. Wir sind ohne Hinderniß ange- kommen und wurden sowohl von der Bevölkerung als von der Armee enthusiastisch aufgenommen. Targarona hat seinen Antheil an den Zurufen gehabt. Derselben Blatte wird die Liste der 26 Mitglieder der provisi- schen Regierung von Madrid mitgetheilt. Dieselbe be- steht aus den acht Demokraten Ribero, Figueros, Gar- cia, Sorni, Chas, Carretero, Escalente und Popez, den 11 Progressisten, Figuerola, Rodriguez, Benites, Dlo- zaga (Jofé), Aviges, Pinedo, Quaiti, Abascal Labre- dov, Muniz und Carratola und den 7 Unionisten Lo- renzana, Armigo, Robledo, Juariste, Movaita, Casberon und Rodriguez. Madoz ist Civil-Gouverneur der Haupt- stadt; Ros de Olano, General-Capitän von Castilien. „La Presse“ weiß ganz genau anzugeben, auf welchem Wege preussisches Geld dem spanischen Aufstand zuge- flossen ist. Vor einem Jahre hätte die italienische Re- gierung Zündnadelgewehre von Preußen gekauft und den Preis in italienischen Rententiteln erlegt; diese Renten wären vor einigen Wochen an der Pariser Börse ver- kauft und in Wechsel auf englische Häuser von London und Cadix umgewandelt worden. Am 3. sollten in Paris zwei neue Broschüren erscheinen: Die erste, von Flüchtlingen redigirt, soll betitelt sein: „La Lanterne espagnole“, die zweite: „Montpensier, roi d'Espagne.“

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser haben der Gemeinde Seeboden in Kärnten zum Aufbaue ihrer Kirche einen Unter- stützungsbeitrag von 200 fl. allergnädigst zu bewilligen ge- ruht.

— Se. Majestät der Kaiser haben für 11 durch Feuer verunglückte, besonders arme Insassen von Pohrebacta (Böhmen) einen Unterstützungsbeitrag von 100 fl. aller- gnädigst zu spenden geruht.

— Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben zur Herstellung der abge- brannten Kirche zu Straning im Ober-Gailthale 400 fl. zu spenden geruht.

— (Großartiger Diebstahl.) Laut einer Rund- machung der Wiener Polizeidirection wurden dreihundert- fünfzig Stück Südbahn-Actien gestohlen.

— (Ein großes Steinkohlenlager) ist nächst Ofen entdeckt worden, dessen Kohle 90 Procent reinen Kohlen- stoff enthalten soll.

— (Graf Bismarck.) Wie aus der preussischen Hauptstadt geschrieben wird, ist die Nachricht, daß Graf Bismarck bald zurückkehren werde, eine verfrähte. Der Bun- deskanzler, heißt es in diesem Briefe, leidet nach wie vor und muß sich aufs Neueste schonen, um sich nicht einem bedenklichen Rückfall auszufügen, darum ist es auch sehr un- wahrscheinlich, daß er schon im nächsten Monat die Geschäfte wieder übernimmt.

— (Ungarische Dienstkleider.) Die Staats- bahngesellschaft hat nun eine Vorschrift herausgegeben, nach der sich die Dienstkleider der Beamten und Diener auf ihrer ungarischen Linie der Landstracht zu accomodiren haben. Nach dieser Vorschrift tragen die Eisenbahnbeamten keine Uniform, dagegen vom Stationschef abwärts alle mit einem executiven Dienste betrauten Stationsbeamten, die mit dem Publicum in Berührung kommen, als Dienstabzeichen eine Kappe von dunkelblauem Tuche mit silberner Borde und Rosette u. Die übrigen Beamten haben ein Dienst- abzeichen in Form einer Medaille bei sich zu tragen. Die Dienstkleider der ungarischen Eisenbahndiener aller Classen haben zu bestehen in: Dienstroch (Attila), Beinkleid (Stie- selhose), Blouse (Garibaldihemd), Kappe (Sommer und Win- ter), Pakot (Sommer und Winter).

— (Banknotenfälscher.) In Großwardein wurde, wie wir bereits gemeldet, ein junger Mann bei dem Ver- suche, eine falsche Tausendguldennote zu verausgaben, ver- haftet. Derselbe hat bereits gestanden, daß er die täuschend ähnliche Banknote nach einem anderen Tausender aus freier Hand nachgezeichnet. Um sich den ersten Tausender zu verschaffen, hatte er verschiedene Wechsel acceptirt und sich für das Geld, welches er auf diesem Wege nach und nach er- halten, eine Tausendguldennote eingewechselt. — In Raab wurde am 30. v. M. ein Banknotenfälscher verhaftet, welcher falsche Einser-, Fünfer- und Zehnerbanknoten aus freier Hand verfertigt. Dieselben waren indeß so plump nach- gemacht, daß er sie nur bei Nacht ausgeben konnte, weil sie bei Tage auf den ersten Blick erkannt werden mußten. Der Mann war bereits mehrmals verschiedener Verbrechen wegen in Haft gewesen. Unmittelbar nach seiner jüngsten Verhaftung gestand er die Fälschung ein und gab zugleich seiner Freude darüber Ausdruck, daß er endlich einmal dem Gerichte in die Hände gefallen sei, da er die stete Angst vor dem Entdecktwerden schon lange satt habe. Man fand bei ihm noch einen Vorrath von falschen Banknoten.

— (Die Ueberschwemmung im Rheinthale.) Dem Schweizer Bundesrathe sind aus dem Rheinthale Be- richte über Wasserverheerungen zugegangen, die das Un- glück, mit welchem das Schicksal jene Gegenden heimgesucht, noch größer erscheinen lassen, als das im Jahre 1834. Laut diesen officiellen Berichten brachen am 28. September Morgens Rufen bei Zizers aus, denen bald darauf ein Dammbrech zwischen Marienseld und Landquart und später andere bei Nagaz, Sevelen und Salez folgten. Bri Sar- gans steht der Bahnhof ganz unter Wasser und der Eisen- bahnverkehr ist mehrfach unterbrochen, so daß seine vollstän- dige Wiederherstellung nicht vor acht Tagen in Aussicht steht. Die Brücken sind weggerissen bei Buchs sammt dem Zollhaus, bei welcher Gelegenheit der St. Galler Landjäger und Einnehmer mit seiner Frau den Tod in den Wellen fand, dann bei Splügen, Unterwoh, Kästris und Peiden, und die neue Felsberger Brücke soll sehr beschädigt sein.

Locales.

(Der Pfarrer Köchin) zweite Aufführung bietet dem gestrigen „Tagblatt“ Anlaß, uns an den Bestand einer gestrigen Theatercensur in Laibach zu erinnern...

(Maulbeerbaum- und Seidenzucht.) Aus einer Zuschrift des k. k. Ackerbauministeriums an den Landesauschuß geht hervor, daß dasselbe damit umgeht, den Unterricht über Maulbeerbaum- und Seidenzucht in die Volksschulen und Präparanden einzuführen.

(Proceß des „Triglav.“) Der „Triglav“ veröffentlicht nachstehendes Urtheil: „Im Namen Seiner Majestät des Kaisers hat das k. k. Landesgericht zu Laibach als Piesgericht am 2. Juli 1868 unter dem Vorsitz des k. k. Oberlandesgerichtsrathes Motauschel und in Gegenwart der k. k. Landesgerichtsräthe Heinricher und Gerischer als Richter, dann des Schriftführers Auscultanten Jenlic auf Grund der staatsanwaltschaftlichen Anklageschrift de praes. 20. Juni 1868, Nr. 5168, womit wider Peter Grasselli, Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redacteur der periodischen Zeitschrift „Triglav“ wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 302 St. G. die Anklage erhoben wurde, über die am 2. Juli 1868 begonnene und am nämlichen Tage beendete mündliche und öffentliche Hauptverhandlung und die dabei von dem k. k. Staatsanwalt Dr. v. Lehmann gestellten Anträge zu Recht erkannt: Peter Grasselli, 27 Jahre alt, katholisch, verehelicht, Hausbesitzer, Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redacteur der in Laibach erscheinenden periodischen Zeitschrift „Triglav“, bisher gerichtlich unbeanstaltet, sei ob des in dieser Zeitschrift am 6. Juni 1868 im Blatte Nr. 25 erschienenen Artikels, betitelt „Unsere Deutsch-Liberalen“ des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung gemäß § 302 nach § 5, 7, 239, St. G., § 28 des P. G. 17. December 1862 Z. 6 R. G. B. als Herausgeber und Redacteur schuldig, und werde nach § 302 mit Anwendung der §§ 260 und 266 St. G. zur Strafe des sämstwöchentlichen mit einmaligem Fasten in jeder Woche ergänzten Arrestes, und nach § 431 St. P. O. und Verordnung vom 2. Juni 1859 Z. 105 R. G. B. zum Ersatze der Strafproceß- und Vollzugskosten, dann zum Verschleße eines Cautionsbetrages von sechzig Gulden zu Gunsten des Armenfonds der Landeshauptstadt Laibach nach § 35 des P. G. verurtheilt, zugleich wird nach § 36 ibidem auf das Verbot der weiteren Verbreitung des obigen Blattes Nr. 25 und auf die Veröffentlichung dieses Straf-erkenntnisses in der Zeitschrift „Triglav“ nach § 39 ibidem in der Art erkannt, daß dasselbe in dem ersten nach der Urtheilsrechtskraft erscheinenden Blatte in dessen Eingange auf Kosten des Peter Grasselli einzurücken sei. Laibach, am 2. Juli 1868. Luschin m. p. Jlatitsch m. p.“ — Das k. k. Oberlandesgericht in Graz hat dieses Urtheil vollinhaltlich bestätigt. Die Redaction des „Triglav“ wird gegen diese Entscheidung die Berufung an den k. k. obersten Gerichtshof ergreifen.

(Vom k. k. Oberlandesgerichte in Graz)

werden mehrere adjutirte und nicht adjutirte Auscultantenstellen zur Besetzung ausgeschrieben. Gesuche sind bis 15. d. M. an das Präsidium des genannten Oberlandesgerichtes zu richten.

(Bei der k. k. Finanz-Direction für Krain) werden unentgeltliche Conceptionspracticanten aufgenommen. Gesuche sind, unter Nachweisung der erforderlichen Befähigung, binnen vier Wochen beim Präsidium einzubringen.

(Evangelische Schule.) Bei der Eröffnung des Schuljahres wurden dem Vernehmen nach auch acht katholische Kinder in diese vortreflich geleitete Schule aufgenommen.

(Medicinalreform.) Von Hrn. Dr. Gauster erschien eine 34 Seiten umfassende kritische Broschüre unter dem Titel „Die 14 Thesen zur deutschen Medicinalreform“. — Da deren Besprechung auf die österreichischen Verhältnisse angepaßt wurde, so müssen wir die Publication als zeit- und zweckentsprechend bei der endlich ins Leben tretenden Reform im Sanitätswesen am geeigneten Orte empfehlen.

(Sokol.) Der Ausschuß hat beschlossen, im Laufe dieses Monats noch einen Ausflug zu veranstalten.

(Ueberhandnehmen von Wölfen.) Aus Bojsko, Bezirk Jozia, erhält die „Novice“ eine Zuschrift, worin über den Schaden, welchen die Wölfe seit Aufhebung des Schußgeldes unter der Herde anrichten, geklagt wird.

Correspondenz.

Reisniz, 5. October. [Orig. Corr.] (Großes Brandunglück.) Heute Morgens bald nach 4 Uhr brach hier im Wirtschaftsgebäude des Grundbesizers Anton Arto Feuer aus und gewann in kurzer Zeit solche Ausdehnung, daß bis 7 Uhr Früh bereits 7 Wohn- und circa 20 — 25 Wirtschaftsgebäude sammt den bedeutenden Vorräthen ein Raub der Flammen waren. Die Ursache des Brandes ist bis nun unbekannt. Glücklichweise ist kein Menschenleben zu beklagen, nur drei Stücke Viehthiere sind verbrannt. Der Schaden dürfte sich auf 20- bis 25.000 fl. belaufen. Aus den nächsten Ortschaften mit Inbegriff von Großschib, erschien binnen kurzer Zeit thätige Hilfe auf der Brandstätte, und ist es namentlich den Jussen der Gemeinde Niederdorf zu verdanken, daß das Feuer nicht noch größere Dimensionen annahm.

Neueste Post.

Wien, 5. October. Der Mitarbeiter des „Wanderer“, Kroßnig, wurde heute wegen eines Preßvergehens zu 14 Tagen Arrest, der Redacteur Nordmann zu 20 Gulden Geldbuße und 100 Gulden Cautionsverlust verurtheilt.

Innsbruck, 5. October. Auf der italienischen und Brennerbahn fanden wegen einer Ueberschümmung Verkehrsstörungen statt.

Breslau, 5. October. Die „Breslauer Zeitung“ erhält eine Meldung aus Warschau, der zufolge der Kaiser am 13. September einen Ukas unterzeichnet habe, welcher das gesammte polnische Justizwesen dem Petersburger Justizministerium unterstellt.

Rom, 5. October. Der Papst richtete ein Trostschreiben an die Königin Isabella.

Madrid, 5. October. Die revolutionäre Junta übertrug dem General Serrano die oberste Regierungsgewalt und das Recht der Ministerernennung. Die Regierung erklärte fast alle Militärchargen für vacant und ernannte für dieselben mehrere Generale. Es herrscht vollkommene Ruhe. Die Truppen aus Andalusien lagern um Madrid und werden morgen in die Hauptstadt einziehen.

Constantinopel, 5. October. Viele Verhaftungen wurden hier wegen einer Verschwörung gegen den Sultan vorgenommen.

Telegraphische Wechselcourse vom 6. October.

5perc. Metalliques 56.70. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 57.50. — 5perc. National-Anlehen 61.80. — 1860er Staatsanlehen 82.60. — Bankactien 722. — Creditactien 206.80. London 116. — Silber 113.75. — R. f. Ducaten 5.53.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Schwebende Schuld. Zu Ende September 1868 befanden sich laut Kundmachung der Commission zur Controle der Staatsschuld im Umlaufe: an Partialhypothekendarlehen 97,811,632 fl. 50 kr.; an zu Staatsnoten erklärten Ein- und Fünftguldendarlehen 15,612,940 fl., an förmlichen Staatsnoten 284,289,966 fl., an Münzscheinen zu zehn Neuntzernern 12,034,343 fl. 30 kr., im Ganzen 409,748,881 fl. 80 kr.

(Credit-Vose.) Bei der am 1. d. M. vorgenommenen 42. Verlosung des Prämien-Anlehens der k. k. priv. Creditanstalt für Handel und Gewerbe von 42 Millionen Gulden ö. W. wurden nachstehende 17 Serien gezogen, und zwar: Nr. 188 485 530 542 2042 2176 2341 2417 2645 2747 2929 3371 3869 4059 4071 4162 und 4192. Aus obigen verlosenen 17 Serien wurden nachfolgende größere Treffer mit den nebenbezeichneten Gewinnsten in österr. Währ. gezogen, und fiel der erste Haupttreffer mit 200.000 fl. auf Serie 188 Nr. 13; der zweite Haupttreffer mit 40.000 fl. auf Serie 2417 Nr. 54; und der dritte Haupttreffer mit 20.000 fl. auf S. 2176 Nr. 4; ferner gewinnen je 5000 fl.: S. 188 Nr. 16 und 25; je 2000 fl.: S. 530 Nr. 59 und S. 2645 Nr. 56; je 1500 fl.: S. 485 Nr. 48, S. 2747 Nr. 47 und S. 3869 Nr. 9; je 1000 fl.: S. 188 Nr. 71, S. 542 Nr. 5 und S. 2176 Nr. 31.

Rudolfswerth, 5. October. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with 4 columns: Item, fl. kr., Item, fl. kr. Items include Weizen per Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfench, Heiden, Hirse, Rutturuz, Erdäpfel, Linen, Erbsen, Fijolen, Rindschmalz pr. Pfd., Schweinschmalz, Speck, frisch, Speck, geräuchert, Pfd.

Angewandte Fremde.

Am 4. October.

Stadt Wien. Die Herren: Dr. Morpurgo, Rentier; Casjano und Stampfl, Kunstl., und Caculin, Privatier, von Triest. — Gorup, von Görz. — Tachauer, von Kanischa. — Straßmann, von Wien. — Bodenlein, Forstmeister, von Schneeberg. — Frau Seeder, Berufersgattin, von Ferslach.

Elefant. Die Herren: Prajschniker, Bauunternehmer, von Müntendorf. — Bandich, Geometer, von Agram. — Caligrin, von Sagrad. — Carrega und De Mari, aus Italien. — Rad, Kaufm., von Fiume. — Remb, Oberförster, von Kafel. — Marcutto, von Treviso. — De Santi, Magistratsbeamter, von Triest. — Vogl, Kaufm., von Köhl.

Bairischer Hof. Die Herren: Gurli, von Stein. — Piber, von Eubar. — Lorenzetti, Handelsm., von Triest.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Himmels, Niederschlag in Pariser Linien. Data for 6. 11. U. M., 6. 2. U., 10. U. M.

Tagüber geschlossene Wolkendecke. Nachmittags in N. etwas gelichtet. Schwach bewegte Luft, Vollendung aus S. D. Das Tagesmittel der Wärme + 13.8° um 3.5° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleimayr.

Dankfagung.

Für die gütige Theilnahme während der Krankheit unserer Tochter

Ernestine

und die so zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte derselben erstattet die innigste Dankfagung

Die Familie Wawreczka.

Laibach, am 6. October 1868. (2620)

Börsenbericht. Wien, 4. October Die Börse schloß gegen vorgestern wenig verändert, sowohl Fonds und Actien, als auch in Devisen und Valuten. Geld blieb flüssig. Geschäft ohne Belang.

Large table with multiple columns: Deffentliche Schuld (A. des Staates), B. der Kronländer, Actien (pr. Stück), Wechselbriefe (für 100 fl.), Vofe (pr. Stück). Includes various financial data and exchange rates.